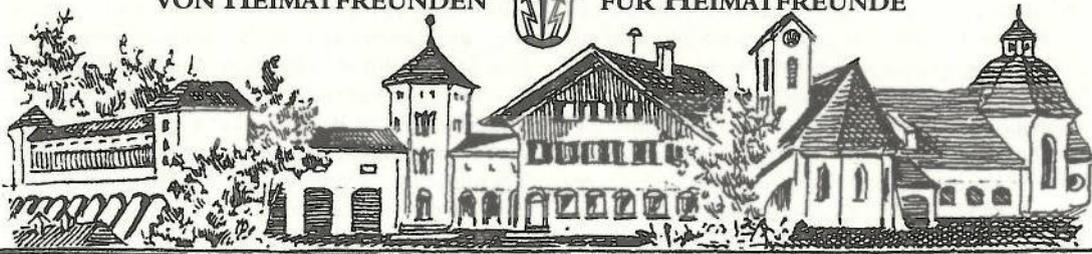


## Geschichte und Geschichten

VON HEIMATFREUNDEN FÜR HEIMATFREUNDE



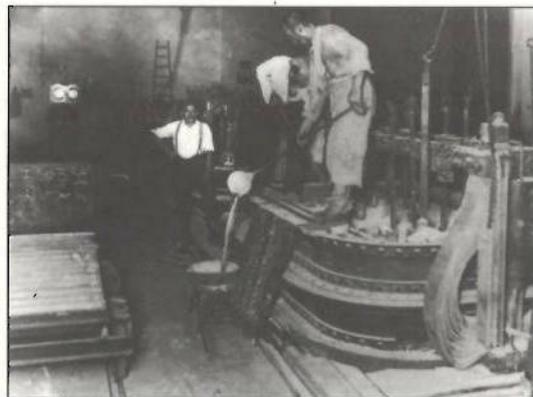
## Aus vergangenen Zeiten

## »Eine gänzlich verlorene Sache für die Arbeiterschaft«

ARBEITSKAMPF UND STREIK VOR 75 JAHREN (1925)

HATTEN DIE GRÜNDUNG DES TÖGINGER SPD-ORTSVEREINS ZUR FOLGE

Am 7. Oktober dieses Jahres beging der SPD-Ortsverein Töging unter dem Motto »Erfolgreiche Vergangenheit - Garant für die Zukunft« das Jubiläum seines 75-jährigen Bestehens. Schon in der Festschrift von 1985 heißt es, daß in Töging zuvorderst die »industrielle Aufbauphase« die Gründung eines SPD-Ortsvereins zur Folge hatte. Mit den vielen Industriearbeitern sei auch »das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Gedankengut« – nach Töging gekommen, habe sich hier eine besondere soziale Struktur entwickelt. Am 1. Januar 1925 hatte die VAW die »Innwerk, Bayerische Aluminium Aktiengesellschaft« mit einer Jahreskapazität von 10.000 Tonnen Rohaluminium übernommen: »Am gestrigen Tag kam der erste Waggon mit Rohaluminium zum Versand. Er verließ mit grünen Tannenreis geschmückt den Bahnhof Töging...«, schrieben die Mühldorfer Nachrichten unterm 21. Januar 1925. Den Arbeitern selbst war damals in diesen Jahren schlechtester wirtschaftlicher Verhältnisse freilich weniger feierlich zumute. Fast täglich berichteten die Zeitungen von Selbstmorden aus wirtschaftlicher Not - viele ertränkten sich auch im Innkanal! Soziale »Hängematten« – wie heutzutage – gab es nicht. Keine Arbeit bedeutete Not und Elend, Gefährdung von Leib und Seele. Oft noch waren die Arbeitnehmer der Willkür ihrer Arbeitgeber auf Gedeih und Verderben ausgeliefert.



Arbeiter an einem Elektrolyseofen, VAW um 1925

POLITISCHE MACHTVERHÄLTNISSE -  
PRESSERESONANZEN

Ein genaues Gründungsdatum des Töginger SPD-Ortsvereins ist nicht bekannt. »Protokolle und andere Urkunden aus dieser Zeit« gäbe es nicht mehr, vieles sei aus Angst vor Verfolgung durch die Nationalsozialisten vernichtet worden, heißt es in der 1985er Festschrift. Die Zeitungen der Nachbarorte berichten erst ab 1926 von Versammlungen der »Ortsgruppe Töging der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« – und dieses oftmals in einer tendenziösen Bösartigkeit sondergleichen. So heißt es zum Beispiel in einem Bericht über einen Familienabend des SPD-Ortsvereins mit Weihnachtsfeier 1927 im Hofbauerschen Gasthaus [= späterer Gasthof Spitzauer]: »...trugen die Vorträge wahrlich nicht zur Hebung von Weihnachtsstimmung bei ... Der größte Teil der Anwesenden bestand aus Fabrikarbeitern, welche ihre sauer verdienten Pfennige wohl anderweitig besser verwenden wollen ... Die Steige-

rungslust der Einzelnen [wohl bei einer Christbaumversteigerung] war deshalb so gut, weil bekannt gegeben wurde, daß der Erlös an Arme und Bedürftige verteilt wird. Selbstverständlich werden hier nur Parteimitglieder berücksichtigt.«

Daß die Sozialdemokraten im damaligen noch primär agrarstrukturierten Bayern einen schweren Stand hatten, beweisen zum Beispiel die Landtagswahlen vom 6. April 1924, bei denen die BVP (Bayer. Volkspartei) mit 32,9 % eine knappe Mehrheit errang. Mit 17,2 %

war die SPD etwa gleich stark wie der extrem rechte »Völkische Block« (VB), eine Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP, der fast auf 18 % kam. Sonstige Splitterparteien kamen auf beinahe 33%! Interessant ist in diesem Zusammenhang aber auch heute noch das Ergebnis der Wahl des Reichspräsidenten das Jahr darauf (26.4.1925): Hier unterlag die SPD, mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem Zentrum im »Volksblock« unter dem ehemaligen Reichskanzler und katholischen Zentrums Politiker Wilhelm zusammenschlossen, nur knapp den Rechtsparteien des »Reichs-

block« mit Deutscher und Deutschnationaler Volkspartei (DVP und DNVP), NSDAP (Hitler hatte nach seiner Entlassung aus der Landsberger Festungshaft im Dezember 1924 die Aufhebung des Verbotes seiner Partei erreicht!), Bayerischer Volkspartei (BVP) und Bayerischer Bauernbund. Letztere hatten 48,3 % erreicht; die KPD mit Ernst Thälmann kam auf 6,4 %. Gegen dieses Wahlergebnis erhob später der SPD-Vorstand Einspruch, als Wahlbeeinflussungen bekannt geworden waren. In den ländlichen Gebieten waren landwirtschaftliche Angestellte unter Androhung von Entlassung und anderen Konsequenzen zur Stimmabgabe für Hindenburg gezwungen worden. Auf die weiteren Regierungen der sogenannten »Weimarer Republik« bis zur Machtergreifung und »Gleichschaltung« durch die Nationalsozialisten 1933 kann hier nicht eingegangen werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß bei der Zusammensetzung der Deutschen Reichstage von 1919 bis 1930 die Sozialdemokraten von allen Parteien stets die meisten Abgeordneten (zwischen 100 und 163) stellten, bevor ab 1932 die Nationalsozialisten diese Rolle übernahmen. Auch bedarf es der Erwähnung, daß die SPD durchaus stets auch zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen - liberalen (Deutsche Demokratische Partei) und vorwiegend katholischen, sozial aufgeschlossenen, bürgerlichen Parteien wie dem Zen-

trum bereit war. Umso unverständlicher ist es, wenn es zum Beispiel im Mühldorfer Tagblatt vom 22. Oktober 1927 unter dem Titel »Sozialistische Wahlparole« über eine Wahlversammlung mit dem ehemaligen bayerischen Innenminister und damaligen Landtagsvizepräsidenten Erhard Auer (SPD) zynisch heißt, daß dieser »zum Schluß recht salbungsvoll erklärte, daß Religion und Kirche vonseiten der Sozialdemokratie nie etwas zu fürchten hätten...«. Und weiter urteilt der Rezensent, daß nicht die Rechtsparteien [die Auer wohl angegriffen hat] schuld seien, sondern »jene, die links gerichtet, manch ehrliches Unternehmen rücksichtslos zu Fall brachten. Daran ändert kein sozialistischer Vortrag, er mag gehalten werden von wem nur immer, etwas...« (siehe Abbildung). Besonders übel berichtete man in diesen Jahren vor allem in dieser Zeitung auch über Reden des damaligen Mitglieds des bayerischen Landtages und späteren bayer. Ministerpräsidenten nach dem Krieg (1954/57), Dr. Wilhelm Hoegner, der öfters bei Versammlungen in Töging sprach. Als einmal Dr. Hoegner deswegen Klage wegen verleumderischer Beleidigung stellte (im Mai 1928), stellte sich heraus, daß der Verfasser eines solchen »Schmähtikels« ein Angestellter des Innenwerks gewesen war, »eines bekannten Sozialistenfressers, der gar nicht in der Versammlung war, sondern seinen »Bericht« einfach aus den Fingern gesogen hatte.« Redakteur Bernklau, der den Artikel übernommen hatte, mußte sich entschuldigen, die Gerichts- und Anwaltskosten übernehmen und auf seine Kosten Richtigstellungen im Mühldorfer Tagblatt, Oettinger Anzeiger, Inn-Zeitung, Inn- und Salzachwacht und in der Münchner Post veröffentlichen. »Hoffentlich ist damit der Töginger Giftpflanze, die sich bisher für Verleumdungen an Sozialdemokraten bezahlen ließ, endgültig das Wasser abgegeben«, kommentierte letzteres Presseorgan am Schluß.

## DER STREIK VOM OKTOBER 1925 AUS DER SICHT VON TÖGINGER WERKSLEITUNG UND PRESSE.

Wie schon eingangs erwähnt, berichtet der Mühldorfer Anzeiger erst seit 1926 von einer Großveranstaltung einer Töginger SPD-Ortsgruppe. In einem Inserat »An alle Republikaner« (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Geschäftsleute usw.) wurde für Sonntag, den 8. August 1926, ab 14 Uhr nachmittags in die Lokalitäten des Springerwirts (Thoma) zu einer »Verfassungsfeier« eingeladen. Festredner sei Herr Landtagsabgeordneter und Staatsanwalt Dr. Hoegner aus München. Neben einer Musikkapelle würden auch mehrere Arbeitergesangsvereine mitwirken. Wie im ganzen Deutschen Reich würden auch die Bezirke Altötting und Mühldorf solche Verfassungsfeiern abhalten. So scheint erst 1926 das definitive Gründungsjahr des Töginger SPD-Ortsvereins gewesen zu sein, was auch die Jahreszahlen auf einer alten Fahne des Ortsvereins »1926 \* 1951«, wohl zum 25-jährigen Gründungsjubiläum angefertigt, vermuten lassen. Von einer »Bannerweihe«, verbunden mit einem Sommerfest, bei der in Vertretung des erkrankten Landtagsvizepräsidenten und Landesvorsitzenden Erhard Auer Landtagsabgeordneter Dr. Hoegner die Festrede gehalten hat, berichten Mühldorfer und Neumarkter Anzeiger erst am 27. Juli 1927. So dürften die Anfänge des Töginger SPD-Ortsvereins im Jahr 1925 zunächst in einer Art »Solidargemeinschaft« gleichgesinnter Menschen mit ähnlichen Sorgen und Zielen bestanden haben. Auslöser dafür war mit ziemlicher Sicherheit der Arbeitskampf, der im Herbst 1925 in der bayerischen Chemieindustrie ausgebrochen ist. Zwar ist alten Tögigern der »Streik« von 1925 noch ein Begriff, doch über die wahren Hintergründe und Folgen ist verständlicherweise nur mehr wenig bekannt. Aus alten Zeitungsartikeln und einem »Bericht über die Streiklage« nebst einem Aktenvermerk der seinerzeitigen Werksleitung vom 15./16. Oktober 1925 lassen sich die da-

8. Töging, 22. Okt. (Sozialistische Wahlparole) In einer sozialistischen Wahlversammlung, die unter dem Leitfah »Das Kampffahr 1928« hier abgehalten wurde, sprach Herr Erhard Auer aus München. Der Redner brachte nicht viel Neues. Daß an allem, was nicht schön und gut in Bayern ist, nur die Rechtsparteien ohne Ausnahme schuld sind, wurde nachdrücklich betont und zum Schluß recht salbungsvoll erklärt, daß Religion und Kirche vonseiten der Sozialdemokratie nie etwas zu fürchten hätten. Herr Auer konnte dies natürlich nicht beweisen, denn sonst müßte er sein Leibblatt, die »Münchener Post«, lügen lassen. Uns gefällt ja im schönen Bayernland auch gar manches nicht. In vielem sind aber nicht die Rechtsparteien schuld, sondern jene, die links gerichtet, manch ehrliches Unternehmen rücksichtslos zu Fall brachten. Daran ändert kein sozialistischer Vortrag, er mag gehalten werden von wem nur immer, etwas. Der Vortrag des Herrn Abg. Auer war gut besucht, nicht zuletzt von solchen, die nicht im sozialistischen Lager stehen. Es war hier der Auftakt zu den Wahlen im nächsten Jahre.

**Tendenziöser Artikel vom 22. Oktober 1927 über eine SPD-Versammlung in Töging mit Landtagspräsidenten Erhard Auer.**

maligen Vorgänge in Töging etwa folgendermaßen rekonstruieren: Zum 30. September 1925 waren die damaligen Lohnabkommen abgelaufen. Für die stattfindenden Tarifverhandlungen verlangten die Arbeitgeber einen Lohnabbau, der in der Ortsklasse II 6 Pfennige betrug, und boten dafür die Beschaffung verbilligter Lebensmittel an. Die Arbeitnehmer verlangten aber eine Lohnerhöhung von 20 %. Nachdem die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien bis zum Haupttarifamt in Berlin hinauf keine Einigung brachten, wurde die Sache »zur gütlichen Einigung« an diese zurückverwiesen. Nachdem in Töging schon ab dem 9. Oktober »bei unserer Arbeiterschaft mit Erfolg zum Streik gehetzt wurde«, wurden seitens der Werkleitung mit dem Gewerkschaftssekretär Ambros Meyer aus Altötting und dem Töginger Betriebsratsvorsitzenden Franz Förg die bei Eintritt eines Streiks zu treffenden Maßnahmen und Notstandarbeiten besprochen und schriftlich niedergelegt. Doch teilte die Gewerkschaftsgauleitung am 12. Oktober mit, daß sie der Vereinbarung ihre Zustimmung versage. Die Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes hatte am 13. Oktober in Nürnberg nun als äußerstes Zugeständnis eine Weiterbezahlung der Löhne bis Dezember beschlossen, um für den Fall des Eingreifens des Landesschlichters beim Ausbrechen größerer Streiks oder Verhängung der Aussperrung darauf hinweisen zu können, daß sich ja ein erheblicher Teil der Arbeitnehmerschaft bereits bereit erklärt habe, zu den bisherigen Löhnen bis auf weiteres weiterzuarbeiten. Unter keinen Umständen dürfte aber eine Lohnerhöhung zugestanden werden, selbst nicht auf die Gefahr eines Streiks hin. Nachdem Direktor Hübsch dann am 14. Oktober von den ergebnislos verlaufenen letzten Verhandlungen aus Nürnberg zurückgekommen war, hat die Werksleitung sofort solche mit dem Betriebsrat und einer vom Ofenhaus gewählten dreiköpfigen Kommission aufgenommen mit dem Ziel, eine eigene Werksvereinbarung abzuschließen. Während hier die Fortzahlung des bisherigen Lohnes bis Ende des Jahres keine Schwierigkeiten machte, kam es jedoch in der Frage »der Beibehaltung des 4. Mannes«, dessen »alsbaldigen Abbau« die Werksleitung schon im Frühjahr angekündigt hatte, zu ersten Meinungsverschiedenheiten.

Über dieses spezielle »Töginger Faktum« berichtet die Mühldorfer Zeitung unterm 19. Oktober sinngemäß: Bei der Werkseröffnung im Frühjahr sei im Ofenhaus eine größere Anzahl Arbeiter als in anderen Betrieben üblich eingestellt worden, um »die ungewohnte Arbeit möglichst zu erleichtern«. Jedoch sei damals sowohl dem Betriebsrat wie der Gewerkschaftsvertretung in Altötting mündlich ausdrücklich mitgeteilt worden, daß diese Belegschaftsverstärkung nur bis zum Herbst zugestanden werden könne und dann die Ofenhaus-Belegschaft auf die gleiche Stärke wie in den anderen Aluminiumhütten gebracht werden müsse. Nachdem auch zugesichert wurde, daß der Aufforderung der Arbeitgeberorganisation auf Aussperrung der Arbeiterschaft nicht Folge geleistet würde, einigte man sich, daß »der 4. Mann« im Zeitraum vom 1. November bis 15. Dezember abgebaut werden solle und zwar alle halbe Monat je 25 %. Der Betriebsrat erklärte sich bereit, dieses Angebot der Belegschaft zur Entscheidung vorzulegen und es zu befürworten.

Doch schon während dieser Verhandlungen kam von der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes die Mitteilung, daß über Töging der Streik verhängt sei und daß außerhalb des Werks eine Betriebsversammlung mit dem Gewerkschaftssekretär stattfinden solle. Daraufhin rief die Werkleitung noch für den gleichen Nachmittag eine Betriebsversammlung im Werk ein und gestattete auch die Anwesenheit des Gewerkschaftssekretärs, »da sonst die Leute nicht zur Versammlung gekommen wären«. An dieser nahmen die Wechselschichten der Vormittagschicht, die gesamte Tagschicht, alle Angestellten und von der Werks-

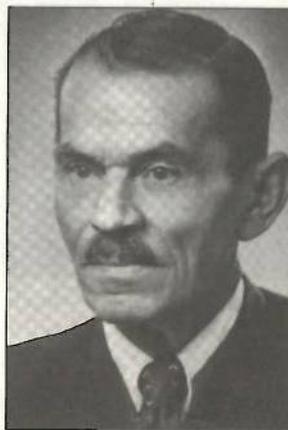
leitung die Direktoren Hübsch und Dr. Mette teil. Nach lebhafter Diskussion erbrachte die Abstimmung, bei der auch alle Nichtorganisierten und Beamten stimmberechtigt waren (dies hatte die Direktion durchgesetzt!) folgendes Ergebnis: 240 Stimmen gegen den Streik, 210 Stimmen für den Streik, 12 Stimmen waren ungültig. Nach weiteren abendlichen Abstimmungen (Nachmittagsschicht: 48 gegen, 94 für Streik, 4 ungültig; sowie Mannschaft am Kanal und Wehr: 28 gegen, 2 für Streik) stand das »Ergebnis der bis dahin stattgefundenen Abstimmungen« fest: 316 gegen, 306 für Streik, 16 ungültig. Damit war eigentlich entschieden, daß weitergearbeitet wird, da »zu einer 2/3 Mehrheit für den Streik noch über 300 Stimmen fehlten«.

Um 22.30 Uhr abends sollte die letzte Abstimmung stattfinden, nämlich die der Nachtschicht. Doch kam es hier schon im Vorfeld zu größten Tumulten, man verlangte das unbedingte Zugeständnis des 4. Mannes, ein Teil der Leute drang ins Ofenhaus ein und holte den größten Teil der noch arbeitenden Nachmittagsschicht ins Versammlungslokal. Nachdem sich »die Herren Hübsch und Mette zu keinem weiteren Nachgeben in der Frage des 4. Mannes bewegen ließen«, stürzten die Arbeiter bereits nach Mitternacht ins Ofenhaus, um den Betrieb dort stillzulegen. Nur mit größten Schwierigkeiten gelang es, die Leute wieder zum Verlassen des Ofenhauses zu bewegen, gegen die Zusicherung, daß der Betrieb nicht weitergehe und nur die Kohlen [= Anoden der Elektrolyseöfen] hochgezogen würden. Obwohl es zu keinen Beschädigungen und Tötlichkeiten kam, wurden doch »verschiedene Leute in schärfster Form beschimpft und selbst bespuckt.« So wurde mit Hilfe der Meister, Vorarbeiter und »einiger treu gebliebener Leute sowie der inzwischen herbeigerufenen Beamten ein System nach dem anderen durch rechtheitiges Hochziehen der Kohlen stillgelegt«. Am kommenden 15. Oktober standen dann bereits Streikposten »in einiger Entfernung von der Fabrik« und hielten die ankommenden Arbeiter von deren Betreten ab. Gleichzeitig fand im Ort eine Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes statt, bei welcher der Streik von der Gewerkschaft anerkannt und die Streikleitung eingesetzt wurde. Am Nachmittag fand eine Besprechung der Werksleitung (mit den Direktoren Hübsch, Kennerknecht, Dr. Mette und Oberingenieur Abel) mit Betriebsratsvorsitzendem Förg statt, bei welcher letzterer die Frage, ob er der Streikleiter sei, bejahte und auch bestätigte, daß sich die im Ausstand befindlichen Arbeiter täglich bei ihm meldeten. Bei der Besprechung der »Notstandsarbeiten« (technische Nothilfe wie Dienst am Wehr, Kanalüberwachung, Wasserschloß, notdürftige Stromversorgung u.a.) entschuldigte sich Förg zunächst über den Ausgang der letzten Versammlung und wies darauf hin, »daß die Leute ganz außer Rand und Band gewesen seien und er sie in keiner Weise mehr in der Hand gehabt habe«. Die ganze Sache sei »abgekartet gewesen« und die Leute hätten beschlossen, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen und auch die übrige Belegschaft aus dem Werk herauszuholen, wenn ihnen der 4. Mann nicht auf Dauer bewilligt würde. Dies sei dann, wie verabredet, auch so gekommen.

Daraufhin wurde Förg mitgeteilt, daß auf die Arbeiterschaft kein Verlaß sei und deren Organisation die Leute nicht mehr in der Hand habe. Man verzichte so auf weitere Vereinbarungen mit der Streikleitung über Notstandsmaßnahmen, würde sämtliche Lohnausstände abziehen, Gendarmerie anfordern und wolle mit ihm als Streikleiter nicht mehr weiter verhandeln. Die Arbeiter dürften immer nur in Begleitung eines Boten einzeln ihr noch in der Fabrik befindliches Eigentum abholen. In einer Aktennotiz heißt es dazu wörtlich: »Es sei hier festgelegt, daß Förg sofort mit Ausbruch des wilden Streikes die Streikleitung übernommen hat, zu einer Zeit also, als von uns noch keinerlei Entlassungen ausgesprochen waren oder Schließung des Betriebes vorgenommen worden war und daß wir bis heute noch keine Mitteilung erhalten haben, daß Förg sein Amt als Betriebsratsvorsitzender niedergelegt hat.« (16. Oktober 1925, gez. Hübsch).

## STREIK-ENDE NACH FÜNF WOCHEN UND SEINE FOLGEN

Auch bei Wacker in Burghausen und in den Bayerischen Stickstoffwerken in Trostberg wurde damals »lebhaft für den Streik agitiert«, wobei das Innwerk bei einem Streik in Hart a. d. Alz die Befürchtung hegte, daß dann »unser Kraftwerk automatisch stillgelegt werde, da für den Drehstrom keine Abnahme mehr vorhanden ist«. Man erwartete, daß »bei uns in Töging mit stärkstem Nachdruck und vielleicht auch unter Anwendung von Gewalt darauf hingewirkt wird, daß das Krafthaus ganz stillgelegt wird, um so auch die Karbidfabrik Hart zum Feiern zu zwingen«. Man befürchtete, »bei dem jähzornigen Charakter der hiesigen Bevölkerung und der geringen gewerkschaftlichen Schulung« könnten Kleinigkeiten die Leute zu Unüberlegtheiten reizen. So habe man zur Vorsicht die Bereitstellung verstärkten Polizeischutzes beantragt, aber die Mitteilung erhalten, daß keine Reserven mehr zur Verfügung stünden, weil auch für Wacker Burghausen verstärkter Schutz abgestellt werden mußte. Das Bezirksamt werde sich aber mit der Regierung von Oberbayern in Verbindung setzen.



**Franz Förg (\* 1886 † 1953),  
Bürgermeister von Töging  
1946 - 1953**

Unterm 21. November 1925 berichtete dann die Mühldorfer Zeitung: »Aus Töging wird uns berichtet: Der in der bayerischen chemischen Chemie seit fünf Wochen dauernde Lohnkampf hat durch einen Schiedsspruch des Landesschlichters sein Ende gefunden ... bleiben die bisherigen Löhne bis auf weiteres bestehen ... Da bei Fortdauer des Lohnkampfes die Aussperrung von ca. 6000 weiteren Arbeitern erfolgt wäre, wurde der Schiedsspruch gefällt, um eine weitere Gefährdung des Wirtschaftsfriedens und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu verhindern ...« Und unter dem 25. November heißt es: »...Streik und Aussperrung in der Aluminiumfabrik Töging haben ein Ende erreicht ... Die Annahme des Schiedsspruches läßt infolge der miserablen wirtschaftlichen Lage den vorläufigen Abschluß des Kampfes für empfehlenswert erscheinen lassen, bringe aber den Arbeitern nicht den Sieg ihres gerechten Kampfes.« [Anm.: Zitat eines Versammlungsredners beim »Streikappell« im Neuöttinger Stiegler-Saal] »Der Streik selbst muß als eine gänzlich verlorene Sache für die Arbeiterschaft bezeichnet werden. Sie hat nichts erreicht, die Industrie aber alles, was sie wollte. Die Arbeiter, die nun fünf Wochen ohne Verdienst waren und deren Familien größtenteils Hunger leiden mußten, können sich nun fragen, wem sie mit ihrem Streik einen Gefallen erwiesen haben«, heißt es schon fast hämisch. Und ebenso zynisch am Schluß: »...glauben wir nicht, daß die Arbeiterschaft aus diesem verlorenen Streik etwas für die Zukunft gelernt haben dürfte. Sie wird sich auch später wieder in zwecklose Bewegungen hineinhetzen lassen und keine Erfolge erzielen. In Töging speziell wird nun der 4. Mann an der Ofengruppe beseitigt bzw. nicht mehr eingestellt werden, wodurch der gleiche Arbeiterstand wieder erreicht ist, wie in anderen Aluminiumfabriken«.

Über die Abstimmungsergebnisse zum Schlichterspruch berichtet die »Inn- und Salzachwacht«: Töging: 242 für, 69 dagegen. In Burghausen: 399 für, 142 dagegen. Das »Gesamtresultat« sei: 3792 für und 151 gegen den Schiedsspruch des Landesschlichters. So sei mit einer baldigen Arbeitsaufnahme wieder zu rechnen. Und am 28. November ist folgendes Inserat in den Mühldorfer Nachrichten zu lesen: »Es laufen Hunderte von Anfragen wegen Einstellung bei uns ein, die wir unmöglich alle einzeln beantworten können. Wir geben deshalb bekannt, daß die mit dem Fortschreiten der Betriebsaufnahme benötigten Arbeiter einzeln von uns benachrichtigt werden. Innwerk, Bayer. Aluminium AG«. Warum hier »freigewordene« Arbeitsplätze wiederbesetzt werden mußten, läßt sich leicht denken!

Wie groß die Abhängigkeit der Fabrikarbeiter »auf Gedeih und Verderben« in diesen Jahren war, mag auch folgende Begebenheit aus dem Jahr zuvor (1924) verdeutlichen. In der »Aluminiumfabrik« fand Ende April eine »Abstimmung über die Arbeitsruhe zum 1. Mai« statt. Abgestimmt haben 253 Arbeiter, 160 waren für, 93 gegen die Arbeitsruhe. Nachdem sich also mehr als ein Drittel [wohl aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes!] für Arbeit ausgesprochen hatte, wur-

de am 1. Mai im Betrieb »nicht gefeiert«. Für die Arbeit hatten ausnahmslos die älteren und verheirateten Arbeiter gestimmt, dagegen sprachen sich vor allem die Ledigen aus. Hämisch heißt es in dem Zeitungsartikel dann weiter: »Daß auch diese kein Geld haben, bewiesen sie sofort nach der Abstimmung, indem sie die Anfrage stellten, ob vor dem 1. Mai noch der Wochenlohn ausbezahlt werde. Selbstverständlich fanden sie nur Lacher für die Blöße, die sie sich in ihrer »Feiertagsstimmung« gegeben haben.«

## FRANZ FÖRG GRÜNDET DEN SPD-ORTSVEREIN

Für Franz Förg hatte sein Einsatz um die Arbeiterschaft und gewerkschaftliches wie sozialdemokratisches Gedankengut fatale Folgen. Er verlor seine Arbeitsstelle, wurde entlassen. Um der Familie eine neue Existenzgrundlage zu schaffen, eröffnete die Ehefrau Förgs - sie stammte aus einem solchen Unternehmen - einen Betrieb für Limonadenherstellung. Zunächst war Förg aber noch beim »Fabrikarbeiterverband« in Altötting tätig, dessen schon einmal erwähnter Sekretär Ambros Meyer später von den Nationalsozialisten in »Schutzhaft« genommen wurde: ein Los, das seinerzeit viele Sozialdemokraten ereilte. Das KZ Dachau wartete meist dann auf sie. Als Franz Förgs Frau 1928 die Arbeit im Geschäft zuviel wurde, gab dieser seine Tätigkeit in Altötting auf und arbeitete im Familienbetrieb mit (damals Töging Nr. 81 1/2 in der »Froschau«, heute Innstraße).

Wie schon erwähnt, waren es mit ziemlicher Sicherheit die Ereignisse um den Streik und dessen Folgen, die Franz Förg, der schon 1918 der SPD beigetreten war, bewogen haben, in Töging eine »SPD-Ortsgruppe« zu gründen - zusammen mit Gleichgesinnten im damaligen aufstrebenden Industrieort. Und wie sehr diese Männer im seinerzeitigen Töging mit seiner so unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur bekämpft wurden, mag ein weiteres Zeitungsinserat vom 3. Januar 1928 belegen: »Ich nehme die gemachte Beleidigung und Äußerung gegen die Sozialdemokratische Partei und den Ortsvorsitzenden der SPD Töging, Herrn Franz Förg, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Josef H., Lokomotivführer.«

Bei den Gemeinderatswahlen Ende 1929 kandidierte die SPD dann neben der bürgerlichen »Einheitsliste« mit einer eigenen Liste und brachte auf Anhieb mit dem Limonadenfabrikanten Franz Förg, Bauunternehmer Georg Käser, Schneidermeister Georg Klaus und Gießereimeister Max Weidler vier Kandidaten in den Gemeinderat. Als Bürgermeister wurde mit großer Mehrheit damals Franz Xaver Wagner gewählt (Mojerbauer, † 19.7.1931 im Alter von 69 Jahren). Die Wahlbeteiligung betrug 85 Prozent.

Interessant ist hier auch das Ergebnis der Wahl des Reichspräsidenten im April 1932 (Stichwahl) in Töging: Wahlbeteiligung 94 Prozent: Für Hindenburg 777 (mit Stimmen der SPD!), Hitler (NSDAP) 71, Thälmann (Kommunisten) 132, Splitterparteien 3 Stimmen. Die Landtagswahlen vom April 1932 brachten in Töging folgendes Ergebnis (1045 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung 89 Prozent; in Klammern Ergebnisse der Reichstagswahl von 1930): Bayer. Volkspartei 382 (310), SPD 221 (409), Bauern- und Mittelstandsbund 29 (57), Deutschnationale Volkspartei 16 (10), NSDAP 93 (73), Kommunistische Partei 170 (45); Übrige 15 (47). Vom starken Verlust der SPD profitierten vor allem die Kommunisten und die NSDAP: Beweis, daß es sich bei den Sozialdemokraten mehr um eine »Partei der Mitte« gehandelt hat, der radikalere Anhänger davongelaufen waren. Die Reichstagswahlen vom November 1932 erbrachten in etwa die gleichen Kräfteverhältnisse, die SPD nahm wieder etwas zu. Die gesetzlichen Arbeiterratswahlen im Januar 1933 brachten in der VAW fol-

gende Sitzverteilung: Freie Gewerkschaft 6, Christliche Gewerkschaft -, Nationalsozialisten -, Kommunisten 2. Bei den Reichstagswahlen vom März 1933 errangen bei 1076 Wahlberechtigten und 94 Prozent Wahlbeteiligung die Nationalsozialisten 174, SPD 256; Kommunisten 142 und Bayerische Volkspartei 364 Stimmen. Die anderen Parteien kamen jeweils nicht über maximal 19 Stimmen.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und ihrem Totalitätsanspruch ab März 1933 kam es dann auch in Töging zu großen »Veränderungen«, vor allem auch für die Sozialdemokratie, die im Juni 1933 allgemein verboten und aufgelöst wurde. Ein großer Teil ihrer Führer wurde bekanntermaßen verhaftet, viele von ihnen kamen in den KZs ums Leben. Während viele damals »das Hemd wechselten«, erklärten die Töginger SPD-Gemeinderatsmitglieder ihren Rücktritt (wie damals übrigens auch der erst am 27. April gewählte Bürgermeister Josef Reichenspurner von der Bayer. Volkspartei!) Franz Förg mußte in der Folgezeit noch viel Leid und Ungemach ertragen, wurde des öfteren denunziert (siehe dazu auch »Stadtblatt« vom Januar 1997).



Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner bei einer Jubilarehrung des Töginger SPD-Ortsvereins 1957 (2 v.r.). Links der damalige Ortsvereinsvorsitzende und Gemeinderat Max Sigrüner. Daneben Karl Mlnarik.

Nach dem Krieg Anfang Oktober 1945 wurde Franz Förg - schon am 8. Mai von der Militärregierung als einer der acht provisorischen Gemeinderäte eingesetzt - bei den ersten Gemeinderatswahlen nach dem Krieg im Januar 1946 in den Gemeinderat gewählt, nachdem er schon kurz vorher von der Militärregierung als 2. Bürgermeister eingesetzt worden war. Als der seinerzeitige 1. Bürgermeister, der Jurist Sebastian Goßner, im Juli 1946 dann zum Mühldorfer Landrat gewählt

wurde, stand in Töging eine erneute Bürgermeisterwahl an. Aus ihr ging Franz Förg hervor, der das Amt dann bis zu seinem Tod am 7. Februar 1953 in den schweren Jahren der Nachkriegszeit in vortrefflicher Art und Weise bekleidete.

»Es war die SPD, die die Werte der europäischen Aufklärung in Deutschland durchgesetzt hat; sie hat in ihrer 137jährigen Geschichte die Entwicklung unseres Landes wesentlich mitgeprägt. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben Sozialdemokraten große Opfer gebracht...«, schrieb Bundeskanzler Gerhard Schröder als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auch in seinem Grußwort an den Töginger SPD-Ortsverein. Selten hat sich wohl aber die Gründung eines Ortsvereins in so dramatischer Konsequenz auf soziale Ungerechtigkeit gerade gegenüber den einfachen arbeitenden Menschen vollzogen, wie in Töging. Franz Förg und seine unmittelbaren Nachfolger als Ortsvorsitzende haben hier dann in hohem Maße Einsatzbereitschaft, Solidarität und Verantwortungsbewußtsein für die Anliegen der Sozialdemokratie bewiesen: ein Franz Roßmadl, Karl Mlnarik, Josef Stempfl oder vor allem ein Max Sigrüner.

Und noch ein persönliches Wort am Schluß: In der Folge zeitgeschichtlich dramatischer Ereignisse entstand der Töginger SPD-Ortsverein. In der Zeit vor 1933 haben schon sog. »Rechtsparteien« und SPD, wenn gefordert, zusammengestanden; nach 1945 hat die »wiederbelebte Bayerische Volkspartei«, die CSU, in Töging eng mit der SPD zusammengearbeitet, ja Franz Förg gemeinsam zum Bürgermeister gewählt! Wäre eine solch ehrliche, sinnvolle und sachliche Zusammenarbeit unter unserem jetzigen Bürgermeister Horst Krebs nicht auch heutzutage wieder denkbar und wünschenswert - zum Wohle aller Töginger Bürger!

PETER VORNEHM, STADTHEMATPFLEGER

Quellen: Sammlungen von Töginger Lokalnachrichten von Josef Seelos, Hans Hoppe und Heinz Ringelmann - Miscellen aus Privatarchiv Franz Kohlhofer (†) - Grypa: Studien zu Kriegsende und Neuanfang im Landkreis Altötting (Burghauser Geschichtsblätter, 46. Folge) - Festschrift »75 Jahre VAW Tögings« von 1992, die dann Ende 1995 die Aluminiumproduktion endgültig einstellte.